



### Kohls Attacke auf "Pappkameraden"

-----

Auch 1974 nur Verdächtigung statt Analyse eines Problems!

Von Wilhelm Dröschner

Mitglied des SPD-Präsidiums und

Vorsitzender der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz

Dr. Helmut Kohl, Bundesvorsitzender der CDU und rheinland-pfälzischer Ministerpräsident, konnte oder wollte nicht mehr warten bis der Bundestag sich mit jenem CDU/CSU-Antrag befaßt, der dem sogenannten "imperativen Mandat" gilt. Herr Kohl, selbst nicht im Bundestag und immer deutlicher in der Furcht, in den Schatten seiner Konkurrenten Carstens, Strauß und Sie-dankopf zu geraten, eröffnete das Feuer auf jenen "Pappkameraden", den die Unions-Parteien unter Dauerbeschuß nehmen wollen, schon auf seiner ersten Pressekonferenz des Jahres in Mainz. Kohl hat den SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzler aufgefordert, in seiner Partei "Entwicklungen, die in Bereiche außerhalb der Verfassung führen", zu bekämpfen. Als Beispiel nannte der CDU-Vorsitzende die in der SPD angeblich immer stärker sichtbare Tendenz, das "imperative Mandat" einzuführen. Wer das nicht als Partei bekämpfe, so meinte Kohl, gerate für sich und für sein Land in eine schwierige Lage.

Was Kohl mit Bedacht verschweigt, ist dieses: Was er und seine Freunde unter "imperativem Mandat" verstehen wollen, hat in Deutschlands größter und ältester Partei keine Chance; andererseits aber ist das, was in allen demokratischen Parteien diskutiert wird, nämlich die stärkere Verbindung gewählter Vertreter mit den Wählern innerhalb und außerhalb der Partei, geradezu ein Verfassungsauftrag. Reine Demagogie ist es aber, wenn die CDU des Herrn Kohl und die CSU des Herrn Strauß, unterstützt von der Springer-Presse, den Versuch unternehmen, ein seit eineinhalb Jahrhunderten in der Diskussion stehendes Problem, das sehr vereinfacht mit dem Begriff des "imperativen Mandats" umschrieben wird, als ein Anliegen am Rande der Verfassung angesiedelter Sozialdemokraten bewußt zu denunzieren.

Oder sollte es Herrn Kohl und den Seinen entgangen sein, daß sich schon die Demokratie-Theoretiker, die Klassiker des politischen Denkens wie etwa Emmanuel Joseph Sieyès (1748 - 1836), mit den Problemen des gebundenen und des freien Mandats befaßt und auseinandergesetzt haben? Für ihn wie für die älteren Theoretiker der ständischen Repräsentation ist dabei das Vertrauen der Repräsentierten die Basis ihrer Beziehungen zu den Repräsentanten, die deren Verantwortung für die Repräsentierten entspricht. Andere Theoretiker, es sei nur an Montesquieu erinnert, sahen das Vertrauen nur gewahrt durch eine permanente Vertretung der handgreiflichen vitalen Interessen der Nation, die sich jederzeit ändern können und daher Anpassung er-

fordern. Sieyes, einer der Väter der französischen Verfassung von 1791, war gegen das imperative Mandat, und alle kontinentalen, demokratisch zustande gekommenen Verfassungen sind es ebenso, auch das Grundgesetz. Und daran wird und kann - die Union weiß das! - nicht gerüttelt werden.

Und dennoch ist nicht mehr alles so, wie damals, als der Franzose Sieyes das imperative Mandat rigoros ablehnte und untersagen ließ. Das wird auch die CDU, das wird auch Herr Kohl zugeben müssen, wenn ihre sehr oberflächliche Diskussion von der reinen Parteipolitik weggeführt wird, hin zu den Grundsätzen einer modernen, freiheitlichen Demokratie. Sieyes ist beispielsweise bewußt vom Honoratioren-Parlament ausgegangen, das es nicht mehr gibt und auch nicht mehr geben darf, obschon es die Unions-Parteien unter Adenauer lange Zeit zu pflegen suchten. In einer offenen und freien Gesellschaft wird sich auch kein Demokrat mehr dazu bekennen wollen, daß sich der Bürger nur alle vier Jahre zu melden, der Gewählte aber auch nur alle vier Jahre seinen Wählern Rechenschaft zu geben habe.

Bei den alten Demokratie-Theoretikern galt der Kontakt zu den Wählern nichts oder nur wenig, der Wahlvorgang war alles, weil er das erforderliche Vertrauen übertrug und für die Wahlzeit sicherte. Nach dieser Theorie haben sich gewisse Abgeordnete auch im Nachkriegs-Deutschland verhalten. Damit ist dann die Diskussion in Gang gebracht worden, wie in einem modernen demokratischen Staat der permanente Meinungsaustausch zwischen Wählern und Gewählten, auch zu den Wahlgremien der eigenen Partei, neu zu gestalten sei. Angesichts der Tatsache, daß erstmals die Parteien von der Verfassung her (GG Art. 21) ein Mitwirkungsrecht erhielten, war und ist diese Legitimation nicht nur verfassungsgemäß, sondern lebensnotwendig. Daß bei dieser Diskussion gelegentlich über das Ziel hinausgeschossen wird, kann und darf aber nicht dazu führen, daß jeweils gleich Gefahr für Volk und Staat heraufbeschworen werden, wenn im 20. Jahrhundert solche Diskussionen offen und auch öffentlich geführt werden, die schon im 18. Jahrhundert einen hohen Rang hatten.

Herrn Kohl und seiner CDU muß man in Erinnerung rufen, wie es gewissen Volksvertretern in der CDU ergangen ist, die sich bei ihrer Meinungsbildung auf ihr Gewissen berufen haben. Ich nenne nur die Namen Mathias Josef Mehs und Peter Nellen. Der eine verschwand in der Versenkung, der andere trat um seines Gewissens willen in die SPD ein.

Der Debatte um den "Pappkameraden" kann die SPD, können Bundesregierung und Koalition, gelassen entgegensehen, wenn sie dafür sorgen, daß die Grundsatzdiskussion geführt und dabei die durchsichtige "Masche" der CDU, die nur der Verunglimpfung dient, deutlich gemacht wird. Denn daran daß die letzte Instanz ganz selbstverständlich das Gewissen des Abgeordneten ist (Art. 38/1), mit allen Konsequenzen freilich, wird kein Sozialdemokrat rütteln lassen.

(-/8.1.1974/bgy/pr)

+ + +

In memoriam Georg Eckert  
-----

Nachruf für einen demokratischen Sozialisten

Im In- und Ausland, in West und Ost, werden es unübersehbar viele Freunde, Mitarbeiter und Weggenossen sein, die um Georg Eckert trauern. Was wir und sie alle ihm, seinem Leben für die Demokratie, für die Wissenschaft und für die Völkerverständigung verdanken, ist heute nur in ungefähren Ausmaßen abzuschätzen und wird wohl erst im distanzierteren Rückblick voll bewußt werden.

Georg Eckert wurde 1912 als Sohn eines Redakteurs in Berlin geboren. Das Elternhaus vermittelte ihm Verständnis und Sympathie für die Ziele und Ideale der Arbeiterbewegung. Schon früh lernte er in den Berliner Arbeitervierteln die wirtschaftlich-sozialen Probleme der unteren Gesellschaftsschichten kennen und zog eindeutige politische Konsequenzen. 1930 trat Eckert der Sozialistischen Arbeiterjugend bei, in der er sich dann vor allem den Sozialistischen Schülergemeinschaften widmete. 1931 wurde er Mitglied der SPD und der Sozialistischen Studentenschaft. Außerdem gehörte er dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, dem Arbeitersport und der Volksbühnenbewegung an. In der Arbeiterjugend und im Studentenverband nahm Eckert bald führende Positionen ein, z.B. in der Sozialistischen Studentenschaft die Stellung des ersten Vorsitzenden an der Universität Berlin. Nach der Promotion zum Dr. phil. kehrte er 1935 nach Berlin zurück, wo er bis zum Kriegsausbruch im höheren Schuldienst tätig war, wobei er aus politischen Gründen damals von der Geschichte zur Völkerkunde überwechselte. Die Jahre des Zweiten Weltkrieges verbrachte Eckert zum größten Teil in Griechenland, wo er mit antifaschistischen Wehrmachtangehörigen Kontakt hielt und gegen Kriegsende zur einheimischen Widerstandsbewegung gehörte.

1945 schloß sich Eckert der wiedergegründeten SPD an. Er nahm an den 1947 beginnenden Kulturpolitischen Konferenzen der Sozialdemokratie teil, auf denen unter Leitung von Arno Hennig die Abkehr vom geschichtsphilosophischen Determinismus vollzogen und der Grundstein für jene programmatische Reform gelegt wurde, die im Godesberger Programm von 1959 einen vorläufigen Abschluß fand. Die Mitarbeit im Kulturpolitischen und im Sicherheits-Ausschuß sowie ab 1955 in der großen Programmkommission der SPD markierte die eine Seite des ideellen und praktisch-politischen Wirkens. Die andere bezeichnete sein Engagement in Lehre und Forschung.

Ab 1946 wirkte Eckert als Dozent, später als Professor für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Braunschweig. Seine schon kurze Zeit nach dem Kriege aufgenommenen Aktivitäten zur Korrektur und Revision des nationalen wie internationalen Geschichtsbildes führte 1951 in Braunschweig zur Gründung einer Institution, die mit Recht als ein Höhepunkt des an Leistungen und wissenschaftlich-pädagogischen Verdiensten gewiß nicht armen Lebenswerkes gilt: zur Errichtung des Internationalen Schulbuchinstituts. Im Bemühen, die Schulbücher vom nationalistisch-chauvinistischen Geist zu befreien, im regelmäßigen Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen Wissen-

schaftlern wie Pädagogen unterschiedlicher Nationalität und ideologischer Herkunft überkommene Klischees abzubauen, Vorstellungen und Argumente sachlich zu prüfen und dabei voneinander zu lernen, fanden die wissenschaftlichen und die politischen Anliegen Georg Eckerts zu einer höchst erfolgreichen, weltweit anerkannten Synthese. Aufgrund des Warschauer Vertrages nahm Eckert während der letzten Jahre mit deutschen und polnischen Kollegen die gemeinsame Aufgabe der Revision bundesrepublikanischer und polnischer Schulbücher in Angriff.

Es kann nicht Aufgabe dieses Gedenkbeitrages sein, die zahlreichen politischen, publizistischen und wissenschaftlichen Aktivitäten, die Georg Eckert seit den fünfziger und sechziger Jahren bis zuletzt wahrnahm, vollständig zu erwähnen. Hervorzuheben ist an dieser Stelle das Präsidentenamt in der Deutschen UNESCO-Kommission (seit 1964), die Mitgliedschaft im Verein und im Kuratorium der Friedrich-Ebert-Stiftung und ganz besonders die Pionierleistung, die er als produktiver Historiker und in vielfältiger Weise fördernd-erregend zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung vollbrachte. Mit einer imponierenden Zahl von Darstellungen und Quellenpublikationen hatte er wesentlichen Anteil daran, daß die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, besonders auch mit Blick auf das 19. Jahrhundert, während des zurückliegenden Jahrzehnts stärker ins öffentliche politisch-wissenschaftliche Bewußtsein drang. Im Auftrage der Friedrich-Ebert-Stiftung legte er 1961 den ersten Band des Jahrbuches "Archiv für Sozialgeschichte" vor, das sich seither zum vielbeachteten Fachorgan für die Geschichte der Arbeiterbewegung entwickelte und von Eckert bis zuletzt gemeinsam mit einigen jüngeren Kollegen redigiert wurde. Wir erhofften von ihm, der politische Erfahrung und wissenschaftlichen Scharfsinn versierte, noch viele Beiträge und Anregungen gerade zur Erhellung der jüngsten sozialdemokratischen Parteigeschichte.

Wir nehmen von einem Mann Abschied, der Vorbild war als politisch verantwortungsbewußter Historiker, als ein den gemeinsamen Ideen und der gemeinsamen Sache Verpflichteter, als demokratischer Sozialist.

Dr. Kurt Klotzbach  
(-/8.1.1974/bgy/pr)

+ + +

## Fußball stoppt Ostberliner Restriktiv-Kurs

-----

Auch im Sport muß die DDR jetzt Vertragstreue beweisen

Von Manfred Wende MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Für die Sportpolitik der DDR begann das neue Jahr mit einer kräftigen Überraschung: Was man sich gegenwärtig nicht glauben zu können, servierte die Auslosung der Gruppen zur Fußball-Weltmeisterschaft 1974 mit Brisanz und sportlicher Fairneß: beide deutschen Mannschaften in Gruppe I des Weltturniers! Der restriktive Kurs in der deutschen Sportbeziehungen, den Ostberlin gegenwärtig immer noch zu steuern versucht, wurde bereits durch das Zusammentreffen deutscher Mannschaften in den europäischen Fußballpokal-Wettbewerben im letzten Jahr erheblich infrage gestellt. Die Zuschauerzahlen in den deutschen Spielorten beiderseits der Elbe dokumentierten das Interesse der Bevölkerung an Sportbegegnungen dieser Art.

Der Pokalsegen, der sich gegenwärtig über die auf sportliche Engherzigkeit ausgerichtete DDR-Sportzentrale ergießt, kann noch eine Weile anhalten. Bevor die Spiele um die Fußball-Weltmeisterschaft beginnen, bieten die europäischen Fußballpokal-Wettbewerbe noch zwei Möglichkeiten deutscher Sportbegegnungen zwischen Vereinen aus dem Bereich des deutschen Fußballbundes und des deutschen Fußballverbandes: Lokomotive Leipzig gegen 1. FC Köln/VfB Stuttgart ist ebenso per Los erreichbar wie die Begegnung Borussia Mönchengladbach gegen 1. FC Magdeburg.

Ende Februar beginnt in der DDR die Hallenhandball-Weltmeisterschaft, bei der ebenfalls ein Zusammentreffen der beiden deutschen Auswahlmannschaften denkbar ist. Im Anschluß an die Gruppenauslosung zur Fußball-Weltmeisterschaft 1974 hat der Generalsekretär des DDR-Fußballverbandes mit Blickrichtung auf den WM-Austragungsort Westberlin erklärt, daß sich die DDR an die Regeln und Beschlüsse der internationalen Sportverbände halte. Genau dies muß man von der DDR auch im Zusammenhang mit den innerdeutschen Sportbeziehungen nachdrücklich erwarten. Die sportpolitischen Verpflichtungen aus dem Verkehrs- und Grundvertrag finden eine politische Absicherung und Ergänzung in den Vertretungsbestimmungen von Westberlin durch die Bundesrepublik Deutschland in internationalen Organisationen sowie den sportspezifischen Festlegungen durch die Regeln und Beschlüsse der internationalen Sportorganisationen.

Die organisatorische Zugehörigkeit des West- und Ostberliner Sports hat besonders das Internationale Olympische Komitee als Bestandteil des Anerkennungsverfahrens des Nationalen Olympischen Komitees der DDR 1968 klar fixiert. Die DDR dürfte es sich nach ihrer eigenen Selbstdarstellung eigentlich nicht leisten, die Realisierung der sportpolitischen Vereinbarungen im Verkehrs- und Grundvertrag weiter zu verzögern und bei den internationalen Sportorganisationen in den Verdacht zu geraten, verfahrensweise und Beschlüsse - zumindest teilweise - zu ignorieren. Der Begriff von Vertragstreue muß seinen festen Platz auch im Bereich der Sportbeziehungen haben. Nur mit entsprechenden Maßnahmen kann die DDR-Führung deutlich machen, daß Vertragstreue für sie ebenfalls eine elementare Bedeutung hat. (-/8.1.1974/bgy/pr)

+ + +

## Vilshofen als politisches Programm

---

### Franz Strauß diskreditiert sich als Politiker

Der CSU-Vorsitzende Franz Strauß hat für sich den Faschingstag von Vilshofen zum politischen Programm und zum Lebensinhalt gemacht. Was als Polit-Gaudi an jenem Übergang vom Narrentreiben zum Aachermittwoch aber gerade noch erträglich sein kann, wirkt in der Kühle des normalen Alltags wie gefrorener Nonsens. Das soll heißen, daß die "Erklärung", die Strauß zu den maßvollen, wenn natürlich auch kritischen Äußerungen des Bundeskanzlers verbreiten ließ, jeden Anspruch zu nichte macht, auch nur in Ansätzen noch ernst genommen zu werden.

Willy Brandt hatte aus seinem Urlaubsdomizil im Bayrischen Wald mit allem gebotenen Nachdruck davor gewarnt, die Verdrossenheit der Bürger über die Parteien und die Politik allgemein zu fördern. Ausgangspunkt dieser Warnung waren die hemmungslosen Angriffe gewesen, die in konzertierter Aktion von der Führung der CDU und der CSU gegen die SPD und gegen die Bonner Koalitionsregierung gerichtet worden waren. Franz Strauß fällt zu dieser Warnung nichts anderes mehr ein, als von einem "Amoklauf" zu sprechen. Schon die Wortwahl allein genügt, um zu beweisen, daß der CSU-Vorsitzende sich selbst ins Vilshofener Narrenkleid zurückgezogen hat. Nur so ist es auch zu verstehen, daß er, der zeit seines politischen Lebens in Kraftausdrücken geschwelgt und zudem nichts unterlassen hat, was die politische Atmosphäre in der Bundesrepublik vergiften konnte, jetzt ausgerechnet dem Kanzler mit solchen Vorwürfen überfahren will.

Was Franz Strauß da treibt, hat nichts mehr mit bewußter und gewollter Polarisierung im politischen und Parteigefüge zu tun. Hier schlägt einer mit der Narrenklatsche um sich, und meint, er mache Politik.

(ee/B.1.1974/bgy/ee)

+ + +